

Märkischer Sprecher

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt

Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum

 Druck und Verlag: Buchdruckerei Wils. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
 Geschäftsstelle: Dudenbergstraße 11, Fernsprecher 125. • Postfach 101 Dortmund Nr. 3695.
 Schriftleitung: Dudenbergstraße 4, Fernsprecher 125.

Nr. 16.

Dienstag, den 20. Januar 1925.

97. Jahrgang.

Die Richtlinien des Kabinetts Luther.

Eine großartige Rede des Reichkanzlers Dr. Luther über die Innen- und Außenpolitik der neuen Regierung.

Deutscher Reichstag.

8. Sitzung.

Berlin, 19. Jan.

Die Tribünen sind schon lange vor Beginn der Sitzung überfüllt, in besonderem Maße die Diplomatentribünen. Auch auf den Journalistentribünen haben sich die Ausländer besonders zahlreich eingefunden.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 6.20 Uhr. Er verliest das amtliche Schriftbild über die Einsetzung des Reichkanzlers Dr. Luther und der neuen Reichsminister. Neu sind nur als Finanzminister von Schlieben und Reichsverkehrsminister Dr. Krohne.

Auf der Tagesordnung steht die

Entgegennahme einer Regierungserklärung

Um 6.25 Uhr tritt Reichkanzler Dr. Luther mit dem neuen Kabinett den Saal. Er erhält sofort das Wort und führt, von den Kommunisten mit minutenlangen „Amnestie“-Rufen empfangen, aus:

Meine Damen und Herren! Zum Reichkanzler ernannt, habe ich die Ehre, Ihnen das neu ernannte Kabinett vorzustellen. Ihm gehören außer mir an:

Herr Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann als Reichsminister des Auswärtigen,

Herr Reichstagsabgeordneter Martin Schiele als Reichsminister des Innern,

Herr Ministerialdirektor Dr. von Schlieben als Reichsminister der Finanzen,

Herr Ministerialdirektor a. D. Dr. Reuhaus als Reichsminister des Reichswirtschaftsministeriums,

Herr Reichstagsabgeordneter Dr. Brauns als Reichsminister des Reichswirtschaftsministeriums,

Herr Oberlandesgerichtspräsident a. D. Dr. Frenken als Reichsminister der Justiz,

Herr Dr. Geßler als Reichswirtschaftsminister,

Herr Reichsminister a. D. Stöcker als Reichspostminister,

Herr Staatssekretär Dr. Krohne als Reichsverkehrsminister,

Herr Graf von Helldorf als Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.

Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für die besetzten Gebiete ist der Herr Reichsminister der Justiz beauftragt.

Mein erstes Wort als Reichkanzler ist ein Wort des Dankes an die scheidende Reichsregierung, besonders an ihren Führer Reichkanzler Dr. Marx. Das geschäftliche Urteil wird dahin lauten, daß das Kabinett Marx auf dem von Reichstagen bedrohten und brennendsten Wege des deutschen Volkes einen heilsamen und bedeutungsvollen Weg zur Gesundung Deutschlands zurücklegte. Auf dem Wege der Gesundung weiter dem klaren Ziele des deutschen Wiederaufbaues „aufzubreiten“, wird Aufgabe der neuen Reichsregierung sein. Die hohen politischen beziehungsweise menschlichen Eigenschaften des scheidenden Kanzlers, wozu ich auch als Mitarbeiter stets empfänglich, sind aus der Geschichte des letzten Jahres nicht hinwegzudenken.

Politik der neuen Reichsregierung.

Für deren Richtlinien ich nach der Verfassung als Reichkanzler die Verantwortung trage, wird völlig auf sachliche Arbeit im Dienste des deutschen Volkes abgestellt sein. Die Reichsregierung wird dabei im Vertrauen auf die inneren Kräfte des Volkes und der Wirtschaft sich nach Möglichkeit von Verlegenheiten fernhalten. Ihrem Arbeitsziel wird sie, die für ihre Leitgedanken die Billigung des Reichstages erbittet, nur dann mit Erfolg nachstreben können, wenn es ihr gelingt, im lebendigen Zusammenhange mit dem Volksganzen zu bleiben. Sie wird die Zusammenarbeit im Reichstage nicht nur mit den Parteien suchen, die in der Regierung durch Vertrauensmänner vertreten sind, sondern mit allen Parteien, die in staatsbejahender Gesinnung praktische Mitarbeit leisten wollen. Die Notlage unseres Volkes muß für alle eine dauernde Mahnung sein, um die schweren Entscheidungen, wovon der Reichstag und die Reichsregierung stehen, auf möglichst breiter Grundlage zu bewirken. Die wichtigste Voraussetzung für die Erreichung dieses weitgehenden Zieles war, daß die Regierung gebildet wurde, die wenn sie auch keine parteipolitische Koalition darstellt, sich grundsätzlich auf die Mehrheit des Reichstages stützt. Dies ist der Kerngedanke des parlamentarischen Systems, worauf das staatliche Leben unseres Vaterlandes aufgebaut ist. Bei der Kabinettsbildung war für mich, seitdem ich mich auf den Ruf des Reichspräsidenten zur Verfassung stellte, und ist für meine Kollegen im Kabinett in erster Linie der Wille maßgebend, zu verein-

bern, daß aus der Regierungskrise eine Staatskrise werde.

Die rechtliche Grundlage für die Arbeit der Reichsregierung ist die republikanische Verfassung vom 11. Aug. 1919. Jeden Versuch, ihre Abänderung auf gewalttätige oder ungesetzliche Weise herbeizuführen, wird die Reichsregierung als Hochverrat mit allem Nachdruck abwehren und verfolgen. Die Reichsregierung wird sich im übrigen anlegen sein lassen, die Bestimmungen der Reichsverfassung oder ihre Auswirkungen in der Richtung nachzuprüfen, daß unser Staatswesen mehr als bisher innerlich gesundet.

Nachprüfungen haben wir auch die Regelung der Beziehungen des Reiches zu den Ländern. Ihr Eingehen soll geachtet und ihre bedeutungsvolle Rolle im staatlichen Gesamtleben des deutschen Volkes auch in der Handhabung der Reichsverwaltung sorgfältig beobachtet werden. Die Reichsregierung wird besonders ihr Augenmerk auf die innere Wahrhaftigkeit und Einheit des öffentlichen Lebens richten und im Bewusstsein der lebendigen Kräfte besonderer Eingebung an das Staatswesen zum Wohle des Volkes fördern. Wir fühlen uns mit dem Bewusstsein, der unentbehrlichen Stütze des Staatsgedankens, engstens verbunden und sind entschlossen, uns für seine gesicherte Rechtsstellung und eine auskömmliche Lebenshaltung einzusetzen. Die Reichsregierung wird sich bei allen Maßnahmen von der Erkenntnis leiten lassen, daß auch gerade in der Staatsform der Republik die Pflege des Staatsgedankens erstes Erfordernis staatlicher Kraft ist. Um der fortschreitenden Gesundung des deutschen Volkstums willen werden alle das staatliche Leben betreffende Fragen durch die Reichsregierung in ruhigen Bahnen zu haben und in dieser Art auch die Fragen zu behandeln sein, die das Einheitsleben des deutschen Volkes zu jenseits drohen.

Auch den konfessionellen Frieden zu hüten wird sich die Reichsregierung auf das ernsthafteste anlegen sein lassen.

Mit ihrer

Außenpolitik

will die deutsche Regierung die Verbeiführung eines wirklichen und dauerhaften Friedens unter allen Völkern dienen. Die Richtung der Außenpolitik im einzelnen wird auch für die neue Regierung in erster Linie durch die Londoner Abmachungen bestimmt. Dauernde Verhältnisse in Europa sind die Grundlage für die mit dem Londoner Abkommen erstrebte Lösung der Reparationsfrage. Die gemäß diesen Abmachungen erlassenen Reichsgesetze werden von uns loyal durchgeführt, ebenso wie wir die lokale Durchführung des Abkommens von unseren Vertragspartnern erwarten müssen.

Weiter wurde die durch die Londoner Abmachungen herbeigeführte politische und seelische Entspannung des deutschen Volkes durch die Nichträumung der nördlichen Rheinlandzone schwer beeinträchtigt. Die Reichsregierung wiederholt deshalb die Stellungnahme der früheren Reichsregierung zur Nichträumung. Die Aufrechterhaltung der Befreiung der nördlichen Zone bedeutet die Nichterfüllung berechtigter Ansprüche, die sich aus dem Vertrage von Versailles ergeben. Sie enthält einen offensbaren Widerspruch gegen den Geist und gegen die Grundanschauungen, die im Londoner Abkommen lebendig wurden. Hinsichtlich der Begründung der Nichträumung mit angeblichen Verfehlungen Deutschlands in der Entwaffnungsfrage vertritt die Reichsregierung den Standpunkt der Antwortnote der früheren Regierung an die Alliierten. Sie wiederholt das Verlangen, das angekündigte Material ihr in kürzester Frist mitzuteilen, damit sie in die Lage versetzt wird, Stellung zu nehmen. Zugleich wird die Reichsregierung ihre ganze Kraft daraufsetzen, durch Verhandlungen die alsbaldige Räumung der nördlichen Rheinlandzone zu erzielen, ohne die eine Festigung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands und Europas nicht möglich ist. Mit dem Betreiben der baldigen Räumung will die Reichsregierung vor allem auch der rheinischen Bevölkerung dienen, die seit dem November 1918 so tapfer für das ganze deutsche Volk die Lasten der Befreiung trägt.

Zur sonstigen Ausführung des Londoner Abkommens stellt die Regierung mit Befriedigung fest, daß die Zusammenarbeit mit den ausländischen Verwaltungsgesellschaften sich bisher ohne Meinungen vollzogen hat. Ich werde in voller Uebereinstimmung mit

dem Kabinett mich bemühen, die Ausführung der im Londoner Abkommen übernommenen Verpflichtungen zu sichern; mich aber auch mit demselben Nachdruck bemühen, die sich als notwendig erweisenden Erleichterungen und Verbesserungen zu erreichen.

Die Frage der Stellung Deutschlands zum Völkerbund ist niedergelegt in dem Memorandum der früheren Reichsregierung und in dem Schreiben, das an das Sekretariat des Völkerbundes ergangen ist. Im Zusammenhang mit der Völkerbundsfrage wird die Reichsregierung die Bemühungen Deutschlands fortsetzen, Deutschland von dem ungerechten Vorwurf über seine Schuld am Kriege zu befreien.

Nachdem am 10. Januar die uns durch den Versailles-Vertrag auferlegte Fessel der einseitigen Reichsbegrenzung gefallen ist, wird die Reichsregierung sich durch Handelsvertragsverhandlungen gegen alle Maßnahmen wenden, die die deutsche Handelsfreiheit beschränken. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet wollen wir dafür sorgen, daß alle schaffenden Kräfte des Volkes zu höchster Leistungsfähigkeit entfaltet werden. Die Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung auf deutscher Scholle und die Stärkung der inneren Kaufkraft sind die Ziele. Die Befreiung aller unnötigen und die breite Masse der Verbraucher ausbeutenden Verteuerungen wird auch die neue Regierung weiter erstreben.

Nur durch Stärkung und Gesundung der deutschen Wirtschaft kann die Grundlage gefunden werden, um die sozialpolitische Arbeit im Rahmen des wirtschaftlichen Möglichen zu fertigen und weiter auszubauen. Die Gesetzgebungsarbeiten zum Ausbau der Sozialversicherung sollen baldmöglichst dem Reichstage zugeleitet werden. Dazu gehört auch ein Gesetzentwurf zur Errichtung einer Arbeitslosenversicherung. Die Reichsregierung wird weiter baldigst einen Arbeitsgesetzgesetzentwurf den gesetzgebenden Körperschaften unterbreiten. Die augenblickliche Arbeitszeitgesetzgebung stellt ein nur durch besondere Zeitumstände gerechtfertigtes Notrecht dar, und die aus ihm erwachsenen Härten müssen so schnell wie möglich beseitigt werden, als die Besserung der Wirtschaftslage es zuläßt. In der Lohn- und Gehaltsentwicklung soll die Verbesserung der Wirtschaftslage auch der Arbeiterschaft zugute kommen. Im Abhand der Wohnungswirtschaft wird die Reichsregierung fortfahren, soweit es mit den Maßnahmen gegen die Wohnungsnot vereinbar ist. Dabei wird sie sorgfältig auf die wirtschaftlich Schwachen und die kinderreichen Familien Rücksicht nehmen und nötigenfalls scharfe Maßnahmen gegen die wucherische Ausbeutung freiverdender Räume vornehmen.

Zur Aufwertungsfrage werden dem Reichstage in kürzester Zeit gesetzgeberische Vorschläge unterbreitet werden, die ein endgültiges Recht schaffen sollen. Dadurch soll in voller Würdigung für die Notlage, insbesondere der alten Sparer, in Ergänzung der dritten Steuernotverordnung im Rahmen des wirtschaftlichen Möglichen den berechtigten Wünschen der durch die Geldentwertung Geschädigten Rechnung getragen werden.

Soll das deutsche Staatswesen neben den schweren außenpolitischen Lasten alle diese Verpflichtungen auf sich nehmen, so wird es mehr als je auf die

Ausgestaltung des Steuersystems

ankommen. Gesetze sind vorbereitet, die eine systematische, einheitliche und wirtschaftlich richtige Sozialgerechte Besteuerung in den Klassen und einfachen Formen herbeiführen sollen. Die soziale Gerechtigkeit umfaßt auch die Berücksichtigung der Kinderreichen. Auch nach Ausführung dieser Steuerreform wird die steuerliche Belastung des deutschen Volkes immer außerordentlich hoch bleiben. Steuern aber dürfen, wenn sie nicht ihren eigenen Zweck auf die Dauer verfehlen wollen, nicht so brütend sein, daß sie die Wirtschaftskraft lähmen oder der arbeitenden Bevölkerung eine nicht tragbare Belastung auferlegen. Deshalb soll der von der scheidenden Regierung bereits in erheblichem Umfang begonnene Ausbau jeder übermäßigen Besteuerung, die im letzten Jahre um der Erhaltung der Währung willen nötig war, nach Möglichkeit fortgesetzt werden. Alle wirtschaftlichen, steuerlichen und sozialen Maßnahmen aber können für sich allein den Wiederaufstieg Deutschlands nicht herbeiführen. Vielmehr müssen die künftigen Lebenswerte zu

einem immer stärkeren Einfluß im gesamten Staatsleben gebracht werden.

Unsere auf christlicher Grundlage erwachsene Kultur muß vertieft und ihre Güter müssen in möglichstem Umfange auch den Nichtchristen zugänglich gemacht werden. Von der heranwachsenden Jugend sind die Gefahren, die Körper und Seele bedrohen, abzuwehren. Diese Aufgaben liegen im einzelnen hauptsächlich den Ländern und den Gemeinden ob. Die Reichsregierung will jedoch ihre gesamte Regierungstätigkeit von solchen sittlichen Grundgedanken durchdrungen sehen.

Im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Zuständigkeit hoffe ich, daß seit langem vorbereitete Reichsgesetze dem Reichstage demnächst vorliegen zu können.

Für die praktische Arbeit der nächsten Zeit ist es wichtig, daß der dem hohen Hause bereits vorgelegte Haushaltsplan erst dann in vollkommener Gestalt verabschiedet werden kann, wenn eine Anzahl von Vorfragen gesetzgeberisch beantwortet sind. Solche Vorfragen sind die Aufwertung, der Finanzhaushalt und die Steuergesetzgebung. Die Reichsregierung wird bereits die vorbereiteten Gesetze möglichst bald dem Reichstage zuleiten. In der Zwischenzeit wird es möglich sein, die Haushaltspläne der einzelnen Verwaltungen zu beraten. Die Reichsregierung wird ihr Bestes tun, um das deutsche Volk einer dauernden Gesundung zuzuführen. Vorher wird die schwere Not, die auf unserm Volke lastet, nur langsam gehoben werden können.

Das Vorwärtsstreben auf der ganzen Linie wird nur möglich sein, wenn jeder einzelne seine Kraft in den Dienst des Vaterlandes stellt, und wenn das deutsche Volk aus seiner Herrlichkeit heraus sich immer einmütiger zusammenschließt. Dann, aber auch nur dann wird das deutsche Volk durch Mühen und Entbehrungen hindurch sich im Kreise der anderen Völker den Weg zum Wiederaufstieg bahnen, der ihm die friedliche Zukunft sichert, die seiner Vergangenheit würdig ist.

Die Rede des Reichkanzlers wurde anbauend von stürmischen Zurufen der Kommunisten unterbrochen. Über am Schluß überdiente der lebhafteste Beifall der Regierungsparteien die Rede.

Danach vertagte sich das Haus zur Besprechung der Regierungserklärung auf Dienstag 12 Uhr. Schluß 7 Uhr.

Die Redner am Dienstag.

TU. Berlin, 19. Jan. Für die politische Aussprache über die Regierungserklärung sind bisher folgende Redner vorgemerkt: Dr. Breitigeb (Soz.), Graf Westarp (Dn.), Fehrenbach (Ztr.), Schöls (D. V.), Koch (Dem.). Von den übrigen Parteien werden voraussichtlich sprechen die Abgeordneten Reicht (Bayer. Volksp.), Frau Jöhlke (Nuth. Völk.) (Komm.) und Drowitz (Wirtschaftsp.).

Die Handhabung des Artikels 48 der Reichsverfassung.

Ein Untersuchungsausschuß beantragt.

TU. Berlin, 19. Jan. Alle Fraktionen, mit Ausnahme der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung treten heute nachmittag im Reichstag zusammen. Eingegangen ist eine Ergänzung zur Denkschrift über den Personalabbau. Die Fraktionen der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Deutschnationalen und der Wirtschaftlichen Vereinigung haben eine Interpellation eingebracht, die sich mit dem deutsch-italienischen Handelsabkommen beschäftigt und darauf hinweist, daß auch bei diesem Abkommen, ähnlich wie beim deutsch-spanischen Handelsabkommen, die für den deutschen Weinbau unerträglichen Vergünstigungen für den italienischen Wein in Anspruch genommen werden. Die Reichsregierung wird auf die schweren Schädigungen der Lebensinteressen des deutschen Weinbaues und deutschen Weinhandels, sowie des deutschen Obst- und Gemüsebaues durch diese Vergünstigungen aufmerksam gemacht und gefragt, ob auch bei den Verhandlungen mit Frankreich ähnliche Schädigungen zu befürchten seien.

Ein Antrag der deutschnationalen Fraktion fordert die Einsetzung eines Reichstagsausschusses, um nachzuprüfen, inwieweit die Reichsverfassung einerseits durch die Verträge mit der Entente, andererseits durch die innerdeutsche Gesetzgebung und besonders durch die Handhabung des Artikels 48 tatsächlich abgeändert ist und inwieweit es notwendig ist, den Wortlaut der Verfassung mit den Tatsachen in Uebereinstimmung zu bringen.

ten Sahm, die Stadträte H. H. mer, S. d. a. d. e. r. t. u. n. d. G. l. o. s. t. e. r. m. a. n. n. u. n. d. P. r. o. f. e. s. s. o. r. K. i. p. p. i. n. g. Ich gedenke auch der Stadträteordnungsverträge Bergrat Pieper, Geheimrat S. d. e. r. t. e. r. u. n. d. J. u. s. t. i. z. i. a. t. R. d. e. r. u. n. d. M. u. m. m. e. n. h. o. f. f. u. n. d. D. i. e. t. a. m. p. b. e. s. o. n. d. e. r. s. d. a. n. k. e. i. c. h. l. e. t. z. t. e. r. m. d. s. e. i. n. U. m. t. a. u. s. g. e. l. e. i. b. t. h. a. t. i. n. d. e. r. s. c. h. w. e. r. s. t. e. n. Z. e. i. t. d. i. e. B. o. c. h. u. m. j. e. l. e. b. t. h. a. t. W. e. i. t. e. r. g. e. d. e. n. k. e. i. c. h. e. i. n. i. g. e. r. a. l. l. e. r. M. i. t. b. ü. r. g. e. r. s. o. B. e. r. g. r. a. t. L. u. d. w. i. g. u. n. d. G. e. h. e. i. m. e. r. S. a. n. i. t. ä. t. s. r. a. t. D. r. S. c. h. m. i. d. t. K. o. m. m. e. r. z. i. a. t. G. r. i. m. m. e. r. g. d. A. e. u. n. d. R. o. s. e. n. f. e. i. n. u. n. d. H. a. n. n. e. b. e. d. b. e. n. e. n. B. o. c. h. u. m. v. i. e. l. z. u. v. e. r. d. a. n. k. e. n. h. a. t. W. i. r. h. a. b. e. n. e. i. n. e. n. g. u. t. e. n. s. o. l. i. c. h. e. n. B. e. a. m. t. s. k. o. r. p. o. r. t. e. r. I. c. h. b. i. t. t. e. d. i. e. s. n. i. c. h. t. z. u. v. e. r. g. e. s. s. e. n.

Und wenn ich, was die natürlich finden werden, in dieser meiner Abschiedsstunde der Männer gedenke, mit denen ich im Magistrat im Laufe der Jahre zusammenarbeiten konnte, und die ihre ganze Kraft in den Dienst unserer Stadt gestellt haben, so möchte ich dankbar gedenken der Herren Großmann, Sobin, H. H. mer, G. d. e. r. t. e. r. u. n. d. K. l. o. s. t. e. r. m. a. n. n. u. n. d. J. u. s. t. i. z. i. a. t. R. d. e. r. u. n. d. M. u. m. m. e. n. h. o. f. f. u. n. d. D. i. e. t. a. m. p. b. e. s. o. n. d. e. r. s. d. a. n. k. e. i. c. h. l. e. t. z. t. e. r. m. d. s. e. i. n. U. m. t. a. u. s. g. e. l. e. i. b. t. h. a. t. i. n. d. e. r. s. c. h. w. e. r. s. t. e. n. Z. e. i. t. d. i. e. B. o. c. h. u. m. j. e. l. e. b. t. h. a. t. W. e. i. t. e. r. g. e. d. e. n. k. e. i. c. h. e. i. n. i. g. e. r. a. l. l. e. r. M. i. t. b. ü. r. g. e. r. s. o. B. e. r. g. r. a. t. L. u. d. w. i. g. u. n. d. G. e. h. e. i. m. e. r. S. a. n. i. t. ä. t. s. r. a. t. D. r. S. c. h. m. i. d. t. K. o. m. m. e. r. z. i. a. t. G. r. i. m. m. e. r. g. d. A. e. u. n. d. R. o. s. e. n. f. e. i. n. u. n. d. H. a. n. n. e. b. e. d. b. e. n. e. n. B. o. c. h. u. m. v. i. e. l. z. u. v. e. r. d. a. n. k. e. n. h. a. t. W. i. r. h. a. b. e. n. e. i. n. e. n. g. u. t. e. n. s. o. l. i. c. h. e. n. B. e. a. m. t. s. k. o. r. p. o. r. t. e. r. I. c. h. b. i. t. t. e. d. i. e. s. n. i. c. h. t. z. u. v. e. r. g. e. s. s. e. n.

Und wenn ich noch sagen darf, daß ich in Bochum wirklich meine zweite Heimat gefunden, daß ich mit

meiner Familie mich in Bochum in frohen und ersten Zeiten wirklich heimisch gefühlt habe und hier auch meinen Lebensabend zu beschließen gedenke, so lasse ich mich von Ihnen Abschied nehmen mit dem noch einmaligen Dank für den mir heute bereiteten Ehrenabend, für alle Ihre während meiner Amtszeit der Stadt gewidmeten Dienste und mit der Versicherung, daß meine heftigsten Wünsche bis an mein Ende gelten werden dem Emporkommen und dem Gelingen unserer teuren Stadt Bochum und ihrer ganzen Bürgerschaft!

Die Abschiedsfeier im Stadtparl.

Bochum, 19. Jan.

Eine gar stattliche Anzahl sowohl der gegenwärtigen als auch der früheren Mitglieder der städtischen Körperschaften, Damen und Herren, sowie Beamte und Angestellte der Stadt hatten sich heute Abend im Rathaus zu einer Abschiedsfeier für den scheidenden Oberbürgermeister Graf eingefunden. Welche große Verehrung man hier dem Oberbürgermeister Graf und seiner Gemahlin entgegenbrachte, das bewies auch schon der Verlauf der Feier.

Stadttrat Stumpf begrüßte die Erschienenen, vor allen den Oberbürgermeister, den Ehrenbürger der Stadt, und seine Gattin. Trotz der schweren Zeit habe man es sich nicht veragen können, diese kleine Abschiedsfeier zu veranstalten, um noch einige frohliche Stunden mit dem so verehrten Oberbürgermeister Graf und seiner Gattin zu verbringen. Möge die Feier, so sagte er, dazu beitragen, dem dem seinem Amte Scheidenden und uns die Abschiedsstunde zu erleichtern. Seine herzlichsten Worte klangen in ein Hoch auf den hochverdienten Oberbürgermeister aus.

Stadt. Dr. Krawitz führte aus, man habe nach der Revolution allgemein erstere Reizeleien im kommunalen Leben erwartet. Es sei anders

gekommen, nicht zum wenigsten dank der wohlwollenden verbindlichen Art, des vornehmen Charakters und lauterem Wesens des Oberbürgermeisters Graf. Man wisse auf die vergangene Zeit mit Befriedigung zurückblicken. Wenn einmal ein Geschichtsschreiber die Entwicklung Bochums von der Kleinstadt zur Großstadt schildere, werde der Name Graf eine Hauptrolle spielen. Sein Hoch galt der Stadt Bochum und Oberbürgermeister Graf.

Stadt. Justizrat Diekamp wies darauf hin, welche Verdienste sich Frau Oberbürgermeister Graf erworben hat. Freude und Leid trug sie hart und mutig mit ihrem Gatten. Manches Leid suchte die Familie heim, so entziff ihr der Krieg den blühenden Sohn. Und schwer lastete das Geschick, das im letzten Jahre unsere Stadt heim suchte, besonders auch auf der Familie Graf. Er gab dem Wunsch Ausdruck, daß viele Jahre der Ruhe in friedliche und Wohlergehen dem Ehepaar Graf beschieden sein mögen. Seine Rede schloß mit einem Hoch auf Frau Oberbürgermeister Graf.

Nun dankte Oberbürgermeister Graf für die herzlichsten Worte und Wünsche, die die Redner zum Ausdruck brachten, besonders für das Hoch auf seine Gattin. Mit seinem Humor gedachte der Oberbürgermeister längst vergangener Zeiten, besonders des Jahres 1842, der Zeiten, da noch die „Straßengelder“ für städtische Stadtreiniger abgeführt wurden. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß das Verhältnis zwischen Stadtbewohnern und Magistrat ein so gutes sei und ein segensreiches Arbeiten ermögliche. Besonders begrüßte er die früheren Stadtbewohnersvorsitzer, die der Feier beizuwohnten, und brachte auf sie ein Hoch aus.

Im Auftrage des Magistrats überreichte dann Stadttrat Stumpf dem Oberbürgermeister als ein dauerndes sichtbares Andenken, als Zeichen der

Berehrung ein Stadtbild unseres Rathen Fritz Kortebusch, in Bronze gegossen, voll ausgeführt.

Justizrat Nummenhoff ergabte dann die Versammelten durch ein humorvolles Gedicht über Fritz Kortebusch, unseren Rathen auf dem alten Markt, das nachher in der Versammlung der alte Fritz Kortebusch verglich darin seine Tätigkeit mit der des Oberbürgermeisters Graf und schloß mit den sinnigen Worten: „Wir beide hinterlassen keinen Feind.“ — Glück auf, Fritz Graf!

Zu Namen der Beamten und Angestellten gab Verwaltungs-Oberinspektor Gante für seiner Freude Ausdruck, daß man sie an der Feier eingeladen habe. Er pries den scheidenden Oberbürgermeister als wohlwollenden, gerechten Vorgesetzten, der sich besonders im Kriege als liebevoller Vater seiner Untergebenen angenommen habe. Oberbürgermeister Graf habe sich im Gedenken der Beamten und Angestellten ein Denkmal gesetzt, das nicht vergehe. Am Mittwoch werden in der Oberrealschule II die städtischen Beamten und Angestellten noch eine besondere Abschiedsfeier veranstalten.

Frau Stadt. Döbke wies besonders auf all das Gute hin, das Oberbürgermeister Graf und seine Gattin für die Armen und Notleidenden, insbesondere auch für die Kinder getan haben.

Frau Stadt. Hoffmann mahnte dann noch daran, auch in dieser Stunde des Vaterlandes zu gedenken.

Die schöne stimmungsvolle Feier wird Oberbürgermeister Graf und seiner Gattin geweiht haben, daß nicht nur die hohe Verehrung, sondern auch die Liebe der Bochumer sie auf dem ferneren Lebenswege begleiten, und daß ein Wunsch allen gemeinsam sei: Möge dieser weitere Lebensweg sonnig und schön sein.

Die Vervollständigung des Reichskabinetts.

Die neuen Männer.

TU. Berlin, 19. Jan. Der neue Reichsminister der Finanzen wurde 1875 in Schlesien geboren und studierte in Freiburg, Marburg und Berlin Rechtswissenschaften. Dann wurde er nach Ablegung der Staatsprüfungen Regierungsrat in Göttingen und Düsseldorf, hierauf Danzab in Heilsberg (Ostpreußen), 1916 Geheimrat Regierungsrat und Vortragender Rat in der Reichskanzlei. 1919 wurde er als Reichsfinanzminister (das heutige Reichsfinanzministerium) berufen, wo er 1920 zum Ministerialdirektor befördert wurde. Er leitete hier die Staatsabteilung und hat namentlich im vorigen Jahre bei der Neuordnung der Finanzen entscheidend mitgewirkt.

TU. Berlin, 19. Jan. Der neue Reichsminister Dr. Krawitz ist 1876 in Schleswig-Holstein geboren. Er wurde 1903 zum Gerichtsassessor, 1907 zum Amtsrichter und 1909 zum Regierungsrat ernannt. 1911 trat er als Regierungsrat in das Oberpräsidium zu Magdeburg ein, 1915 war er Hilfsarbeiter im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, 1922 Ministerialdirektor im Reichsministerium der öffentlichen Arbeiten, und 1923 Staatssekretär. Ende 1923 wurde er nach der Bildung der Reichsbahnverwaltung mit der Führung der Geschäfte des Reichsbahnministeriums betraut.

TU. Berlin, 19. Jan. Der vom Reichstagspräsidenten ernannte Oberlandesgerichtspräsident A. D. Dr. Frentzen ist 1854 in Preußen geboren. Am 20. November 1878 wurde er Referendar, 1889 Staatsanwalt beim Landgericht Köln. 1900 wurde er zum Oberlandesgerichtsrat in Celle ernannt, trat seinen Posten aber nicht an, sondern blieb im Ministerium, wo er im Juli 1900 Geheimrat Justizrat und Vortragender Rat wurde. 1913 erfolgte seine Ernennung zum Wirklichen Geheimen Justizrat, am 30. April des gleichen Jahres zum Ministerialdirektor. 1914 erhielt Frentzen den Posten des Unterstaatssekretärs im Ministerium für Volks- und Schulwesen und war die Abteilung für Volks- und Schulwesen. 1916 übernahm er den Posten eines Oberlandesgerichtspräsidenten in Köln.

Zur Regierungsbildung in Preußen.

TU. Berlin, 19. Jan. Zur Frage der Regierungsbildung in Preußen äußert die L. A., daß in Zentrumskreisen der Gedanke erwogen wird, das jetzige Kabinett aus den Demokraten, dem Zentrum und den Sozialdemokraten durch je zwei Mitglieder aus diesen Parteien zu erweitern. Das Zentrum beabsichtigt, den Abgeordneten Schmetzing als preussischen Finanzminister vorzuschlagen. (1)

Ein Antrag der Deutschen Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung zu ersuchen, unverzüglich bei der Reichsbahn-Gesellschaft dahin zu wirken, daß aus volkswirtschaftlichen Gründen die Erz- und Brennstoffausnahmesteuern für das Erz-, Holz-, Kohle- und oberflächliche Gebiet auf die Reichsbahn-Gesellschaft übertragen werden.

Die deutsch-belgischen Verhandlungen.

TU. Paris, 19. Jan. Die Blätter melden aus Brüssel: Die deutsch-belgischen Wirtschaftsverhandlungen nehmen einen schwierigen Verlauf. Die beiden Delegationen haben erneut eine Pause einzutreten lassen, um den Untermittlungsmöglichkeiten zu geben, den Stand ihrer Arbeiten zu prüfen. Die nächste Vollversammlung der Delegationen ist auf Dienstag festgesetzt worden. Im Verlauf dieser Sitzung werden die Delegierten feststellen, ob die Verhandlungen auf der gegenwärtig festgelegten Grundlage fortgesetzt werden können, oder ob ein Anlaß für die Delegationen vorliegt, sich erneut mit ihren Regierungen ins Benehmen zu setzen.

Deutsch-nordamerikanische wirtschaftliche Zusammenarbeit.

w. Berlin, 18. Jan. Die in New York im Februar 1924 von führenden Persönlichkeiten des deutsch-amerikanischen Handels gegründete „Board of trade for german american commerce“ hat in der letzten Sitzung beschlossen, dem Präsidenten des deutsch-amerikanischen Wirtschaftsverbandes die Herstellung einer Arbeitsgemeinschaft beider Organisationen im Sinne der gegenseitigen Interessenvertretung vorzuschlagen. Die Verhandlungen über die genauere Art und Form dieser Zusammenarbeit, zu welcher der deutsch-amerikanische Wirtschaftsverband grundsätzlich bereit ist, wurden durch ein nach Deutschland entsandtes Mitglied des Direktoriums des „Board of trade“ eingeleitet.

Reine Pariser Zwischennote in der Entwaffnungsfrage.

TU. London, 19. Jan. Die Völkerkonferenz beschäftigt sich in der vergangenen Woche mit dem Problem der Militärkontrollen in Deutschland und der Fortführung der Kölner Forderung. Es wurde beschlossen, keine weitere Zwischennote an Deutschland abzugeben.

Die Landtagswahlen in Lippe-Deimold.

TU. Detmold, 19. Jan. Gestern Abend haben in Lippe-Deimold die Landtagswahlen stattgefunden. In Detmold selbst sowie im Lande wählte sich das Wahlgesicht glatt ab. Der bisherige Landtag bestand aus 21 Abgeordneten, von denen 8 Sozialdemokraten, 5 Demokraten, 4 Volksparteiler, 2 Demokraten, 1 Kommunist und 1 Abgeordneter der Gewerkschaften waren. Die Regierung stützte sich bisher auf die Sozialdemokraten, Demokraten und den Gewerkschaftsbund, denen zehn Abgeordnete der Opposition gegenüberstanden. Am Sonntagabend wurden aus 146 Stimmberechtigten — aus dem Bezirk Bielefeld — bis 11 Uhr noch keine Ergebnisse vor — folgende Stimmen abgegeben:

Sozialdemokraten	26 300
Deutschnationale	20 000
Deutsche Volkspartei	18 000
Demokraten	6 300
Christliche Gewerkschaften	4 312
Kommunisten	3 000
Christlich-sozialistische Vereinigung der Sparrer	5 000
Nationalsozialisten	600

Eine vorläufige Verteilung auf die einzelnen Parteien ergibt folgendes Bild:

Sozialdemokraten	8 Sitze
Deutschnationale	5 Sitze
Deutsche Volkspartei	3 Sitze
Demokraten	2 Sitze
Christlicher Gewerkschaftsbund	1 Sitz
Christlich-sozialistische Vereinigung der Sparrer	1 Sitz
Kommunisten	0 Sitze

Die gleichzeitig im ganzen Lande vorgenommenen Gemeinderatswahlen haben in allen Fällen eine bürgerliche Mehrheit gebracht.

Der Konflikt zwischen Danzig und Polen.

Eine Darlegung des Senatspräsidenten Dr. Sahm.

w. Danzig, 18. Jan. Im Danziger Volkstag gab gelegentlich der Einbringung des Haushaltsplans Senatspräsident Dr. Sahm eine zusammenfassende Darlegung der auswärtigen Politik in der freien Stadt Danzig. Dabei kam Dr. Sahm auf die Frage der von Polen beabsichtigten Einziehung eines polnischen Postdienstes in Danzig zu sprechen, die in Widerspruch steht zu den bestehenden Verträgen und zu der rechtskräftigen Entscheidung des hohen Kommissars des Völkerbundes. Er betonte, der Senat werde sich in seiner ruhigen und besonnenen Haltung, welche ihren Ursprung in dem Glauben an das gute Recht und dem Vertrauen zum Völkerbund habe, auch nicht beirren lassen durch die kränkenden Versicherungen des stellvertretenden polnischen Ministerpräsidenten Thun. Es gewinne doch immer mehr an Wahrscheinlichkeit, daß es sich nicht auf Danziger Seite um die Einzelheiten eines großen Planes gehandelt habe, sondern um polnische Seite, welche zur Erreichung polnischer Interessen Danzig mit einem Heer polnischer Beamten durchdringen will. Der polnische Eisenbahndirektion folgt die polnische Postbeförderung, um immer mehr die Souveränitätsrechte des Staates anzutasten. Dieser Grundgedanke kommt darin klar zum Ausdruck, daß jetzt zum erstenmal von offizieller polnischer Seite das Protektorat Polens über die freie Stadt in Anspruch genommen wird. Die freie Stadt Danzig, Volkstag sowie Senat lehnen dieses Protektorat entschieden ab, und die freie Stadt Danzig vertraue, daß der Völkerbund die freie Stadt in Schutz nehmen werde gegen die Angriffe, welche sich gegen ihre Selbstständigkeit richten. Es handelt sich nach der Meinung, die diese Dinge jetzt genommen haben, nicht nur um einen Kampf Polens gegen Danzig, sondern noch viel mehr um einen Kampf Polens gegen den hohen Kommissar des Völkerbundes selbst.

Die Reichsbahn über das Herner Eisenbahn-Unfall.

TU. Berlin, 19. Jan. Von der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft erfahren wir: Der unglücklichste schwere Eisenbahnunfall in Herner hat erneut die Aufmerksamkeit auf die schon mehrfach in der Öffentlichkeit behandelte Frage gelenkt, warum die Eisenbahnen nicht Einrichtungen treffen, um die Stellung des Eisenbahnführers im Eisenbahnverkehr zu verbessern. Die Eisenbahnen sind durch ein Zeichen irgendwelcher Art auf dem Führerstand der Lokomotive erkennbar zu machen und so die Gefahren, die aus der mangelhaften Erkennbarkeit der Signale bei Nebel oder Schneegestöber entstehen, aus der Welt zu schaffen. Hierfür ist zu erwirken, daß die Reichsbahn schon in den Jahren vor

dem Kriege zahlreiche Versuche mit den verschiedenartigen Einrichtungen zur Signalübertragung auf die Lokomotive vorgenommen hat, daß aber alle diese Apparate den Anforderungen, die an sie gestellt werden mußten, nicht genügt haben.

Während des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren mußten die Lokomotiven teilweise ruhen. Es wurden aber schon im Jahre 1923 vor der Katastrophe bei Breitenbrunn wieder aufgenommen, obgleich gerade in den Jahren der Lokomotivführer Wiberbruch gegen die Signalübertragung laut wurde und auch in anderen Eisenbahnschritten vielfach Abneigung dagegen bestand. Angelehnt der früheren, wenig günstigen Erfahrungen mit der mechanischen und der elektromagnetischen Übertragungsmittel wurde das neueste Mittel, die Funktechnik, in den Dienst der Sache gestellt. Die hierzu gefestigten großen Erwartungen haben sich leider bisher nicht erfüllt, obgleich sich eine führende Firma auf dem Gebiet des Funkwesens mit ihren ausgereiften Kräften und Hilfsmitteln der Versuche auf eifrige angenommen hat. Die Reichsbahn wird aber trotzdem nicht ablassen, die Frage der Signalübertragung weiter zu verfolgen und mit brauchbar erscheinenden Einrichtungen, denen die Mängel der früheren Vorrichtungen nicht anhaften, Versuche anstellen unter dem Gesichtspunkt, daß über kurz oder lang doch mit Wahrscheinlichkeit die Signalübertragung auf den Führerstand sich im Eisenbahnbetrieb Bahn brechen wird, und ein so wichtiges Eisenbahnunternehmen im Herzen Europas, wie die Reichsbahn, dann in jeder Beziehung vorbereitet bestehen muß.

Zweifellos wird man bei dem gegenwärtigen Stande der Angelegenheit bei uns und im Ausland, damit rechnen müssen, daß noch Jahre vergehen werden, bis die Aufgabe der Signalübertragung so gelöst ist, daß sie in vollem Umfange auf den Eisenbahnen zur Anwendung gelangen kann. Ein bekanntes Mittel hierfür bilden die Akustiksignale, die auf den Schienen befestigt und durch die darüberfahrende Lokomotive zur Explosion gebracht werden. Ihre Anwendung ist bei der Reichsbahn für besondere Fälle vorgesehen, zum Beispiel bei der Bedienung liegendegeleisener Züge und zur Anknüpfung besonderer Sattelzüge, deren Vorhandensein dem Personal nicht bekannt ist. Die Anwendung in Verbindung mit den dauernd vorhandenen Akustiksignalen (Einfallssignale usw.) ist nicht bindend vorgeschrieben; es laa also im Falle Herner keine Verpflichtung für das Personal vor, Akustiksignale anzulegen.

Ein anderes bemerkenswertes Mittel, um bei Nebel die Signale ausfindig zu machen, wird sich voraussichtlich in der Anwendung sogenannter Tageslichtsignale ergeben, die einen durch Stufenlinien stark konzentrierten farbigen Lichtkegel ausstrahlen, der den Nebel durchdringen soll. Versuche mit diesen Signalen sind im Gange, ihre Durchführung soll mit allen Mitteln beschleunigt werden.

Die Kosten des Herner Eisenbahnunglücks. Der Materialschaden beim Herner Eisenbahnunglück beläuft sich nach den amtlichen Schätzungen der Reichsbahnverwaltung auf nicht weniger als 7,5 Millionen Reichsmark.

Trauerfeier für die Dortmunder Opfer der Herner Eisenbahnkatastrophe.

TU. Dortmund, 19. Jan. Heute vormittag 10 Uhr fand in der Haupthalle des Zentralfriedhofes eine Trauerfeier für die neun Dortmunder Opfer des Herner Eisenbahnunglücks statt. Außer den Beidtragenden und vielen Teilnehmern an der Feier waren zahlreiche Vertreter der Behörden, Beamten-Deputationen und eine Fahnenabordnung des Roten Kreuzes anwesend.

Nach einem Orgel-Vortrag führte Delan Röttgers als Vertreter der katholischen Geistlichkeit u. a. aus: Tiefbewegt stehen wir alle noch unter dem erschütternden Eindruck des Herner Eisenbahnunglücks. Erstreckte Worte sind im Laufe der Jahrzehnte gesprochen worden, durch die hundert Herzen gestärkt, tief bewegte Seelen aufgerichtet und so mancher Mensch getrostet wurde. Aber keine Grabrede gibt es, die alle Wunden heilt. Wir müssen in dieser Trauerstunde sprechen: Der Herr hat es gegeben, der Herr hat es genommen. Der schlaute Trost am Grabe unserer Lieben aber ist die Hoffnung auf das Wiedersehen in der Ewigkeit.

Hic. Rat Dr. Stein legte seiner Rede die Bitheworte zu Grunde: Wir wollen wieder zum Herrn gehen, denn er hat uns gerufen, er wird uns auch heilen, er hat uns geschaffen, er wird uns auch verbinden. Heute wollen wir derjenigen Opfer gedenken, die die Stadt Dortmund hat bringen müssen. Es gehört zu den Unvermeidlichkeiten des Lebens, daß solche furchtbaren Ereignisse von Zeit zu Zeit immer wieder uns begeben und Menschen dahin rufen, aber trotzdem wollen wir uns in Demut beugen vor unserem Gott.

Hierauf sprach Reichsbahn-Direktions-Präsident Dörpmüller. Er als Vertreter der Reichsbahn

bahnbehörde den Angehörigen der Verunglückten auch im Namen des Reichsministers, des Preussischen Landtagspräsidenten, der Reichsregierung und des Reichspräsidenten sein tiefstes Beileid aus.

Im Auftrage der Preussischen Staatsregierung des Oberpräsidenten von Westfalen und namens der Regierung in Arnberg übermittelte Regierungspräsident König Arnberg den Hinterbliebenen die innere Anteilnahme. Er sagte u. a.: Wir hier im rheinisch-westfälischen Industriegebiet haben unter solchen Katastrophen mehr zu leiden als irgend ein anderer Teil des Reiches. Industrie und Handel bringen es mit sich, daß fast täglich neue Unglücke geschehen; doch diese Katastrophen in Herner ist wohl eine der schrecklichsten. Die Toten können wir zwar nicht wahrufen, aber die Lebenden wollen wir unterstützen, soweit unsere Kraft reicht.

Mit warmen Worten sprach der Oberbürgermeister Dr. Eichhoff. Dortmund den Beidtragenden den Trost zu. Er drückte die Hoffnung aus, daß ihr großer Schmerz durch den hochwürdigen Eindruck der allgemeinen Anteilnahme gelindert werde.

Ein weiterer Orgelvortrag beendete die Trauerfeier.

Letzte Drahtmeldungen.

Die neuen französischen Wirtschaftsvorschläge.

TU. Berlin, 19. Jan. Die deutsche Wirtschaftsdelegation hat die Prüfung der französischen Vorschläge noch nicht beendet. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß bereits im Laufe des morgigen Nachmittags eine Antwort erteilt werden wird. Wie die Telegraphen-Union berichtet, umfassen die französischen Vorschläge an die deutsche Delegation folgende vier Punkte: 1. Waren, für die der gegenwärtige Mindesttarif eingeordnet wird, 2. Waren mit erhöhtem Mindesttarif (Erhöhung des Tarifes wird von der Zustimmung der deutschen Delegation abhängig gemacht), 3. Waren mit dem Maximaltarif, 4. Kontingentierte Waren mit dem Mindesttarif.

Die baltische Konferenz eröffnet.

TU. Helsinki, 19. Jan. Die schon mehrmals vertagte Baltische Konferenz wurde unter Vorsitz des finnischen Außenministers eröffnet. Es wurden vier Ausschüsse eingesetzt zur Behandlung der Schiedsgerichtsfrage, für wissenschaftliche Zusammenarbeit, für Handels-, Zoll- und Pöngangelegenheiten und ein Redaktionsausschuß. Das Blatt der finnischen sozialdemokratischen Partei warnt noch einmal vor einem Defensivbündnis zwischen Finnland, Polen und den Randstaaten.

Trotsky endgültig abgelehnt.

w. Moskau, 19. Jan. Wie die Russische Telegraphen-Agentur meldet, wurde in der Plenarsitzung des Zentralkomitees und der Zentralkontrollkommission der Kommunistischen Partei Rußlands beschlossen, Trotski eine kategorische Verwarnung zu erteilen, ihn seines Amtes zu entheben und seine weitere Mitarbeit im revolutionären Kriegsrat als unmöglich zu erklären, sowie die Entscheidung über die weitere Arbeit Trotskis im Zentralkomitee bis zum nächsten Parteitag zu verschieben.

Erste Lage in Shanghai.

w. London, 19. Jan. Wie die Blätter melden, befindet sich an Bord des gestern in Plymouth eingetroffenen amerikanischen Dampfers „George Washington“ Gold im Werte von sechs Millionen Dollar, das für verschiedene europäische Länder bestimmt ist. Dies ist seit der Verleumdung die größte Ladung Gold an Bord eines Schiffes.

Große amerikanische Goldsendung nach Europa.

w. London, 19. Jan. Wie die Blätter melden, befindet sich an Bord des gestern in Plymouth eingetroffenen amerikanischen Dampfers „George Washington“ Gold im Werte von sechs Millionen Dollar, das für verschiedene europäische Länder bestimmt ist. Dies ist seit der Verleumdung die größte Ladung Gold an Bord eines Schiffes.

Verantwortlich: Für Politik: Feuilleton und Handel: L. E. G. e. n. t. e. für Lokales und Recht: Nachrichten: Ernst D. e. n. t. e. für Provinziales und Sport: Ernst R. o. s. e. m. a. n. n. für den Abdruck der Artikel und Unterhaltungsbeilagen: S. u. l. l. e. S. c. h. w. i. n. d. für Inserate und Kleinanzeigen: E. m. i. l. W. i. l. l. i. c. h. sämtlich in Bochum.

Der heutige Ausgabe unseres Blattes liegt ein Aufsat des Bundes für die freie evangelische Volkshochschule zu R. i. c. h. e. n. o. v. a. l. l. bei. Wir weisen darauf hin.

am Hauptbahnhof

Asta Nielsen Die Schmetter- lingsschlacht

Können Sie
Hoffnung.
"Gott kann es
Sie wandte den
folgte ihren Augen
"Ein starker, ich
lassen," sagte er
Ohne Tränen
Sie glauben
"Hoffen Sie
Geist ist unbegränzt
Sie sah zu ihm
"Sie sind Kämpfer
Sollte ich nicht für
glauben?"
Er antwortete
wehrt, ohne Besäuf-
stes ich zum Glauben
"Ich will es
"Nein, ans Ziel
Mit einem leichten
Toten wandte sie
"Sie wollten
darf ich Ihnen die
der Geistliche.
"Ja, ich dank
Nachdem der
am Fenster und
Deide hinüber, ü
nen muckte.

Bochumer Nachrichten.

Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszug nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Bochum, 20. Januar.

Eisenbahnfragen im Ruhrgebiet.

In der Reichsbahndirektion Essen fand eine Besprechung statt, in der Vertreter der Stadt Essen, der Industrie- und Handelskammer und des Handelsvereins in Essen anwesenden Mitgliedern des Reichsbahndirektoriums die Wünsche und Anliegen vorbrachten, die die Stadt Essen und der Ruhrbezirk in Eisenbahnfragen haben. Diese betrafen zunächst die Erweiterungsbauten von Essener Bahnhöfen. Ferner wurden die Wünsche nach Erweiterung neuer Strecken von Essen nach Dortmund, von Essen über Dortmund nach Haltern, von Essen über Dortmund nach Datteln und die Verbesserung der Südbahn nach Elberfeld sowie die Errichtung neuer Haltestellen in Schönebeck und Margaretenhöhe vorgetragen. Zur Begründung wurde u. a. darauf verwiesen, daß der Verkehr im Ruhrgebiet außerordentlich zunimmt und daß das Gebiet unter den jetzigen Verkehrsverhältnissen sehr leidet. Insbesondere müsse auch der Nord-Süd-Verkehr besser geregelt werden, sei es durch die Schnellbahn, sei es durch die Eisenbahn. Infolge der Tätigkeit des Siedlungsverbandes werde es der Reichsbahndirektion ermöglicht, im Ruhrgebiet billiger zu arbeiten als in allen anderen Teilen Deutschlands. Wenn so große Vorteile für die Reichsbahn bestehen, müsse sie diesem Gebiet auch ihre Sorgfalt zuwenden. Der Ruhrbezirk bringe den meisten Verkehr und die meisten Einnahmen.

Diesen Wünschen gegenüber betonten die Vertreter der Reichsbahngesellschaft, daß es ihr außerordentlich schwer und zuweilen sogar unmöglich sei, neue Mittel für diese Zwecke aufzubringen, daß sie aber bereit seien, die vorgebrachten Wünsche zu prüfen und an ihrer Weiterverfolgung mitzuarbeiten.

Wohnungsbaubau.

Die Wohnungsbaufähigkeit, die im Jahre 1923 in höchstem Maße durch die Auswirkungen der Inflation gekennzeichneter war, hat sich nach Stabilisierung der Mark in erfreulicher Weise behoben. Trotz des allgemeinen Geldmangels hat die Bekämpfung der Wohnungsnot durch Errichtung von Neubauten wesentliche Fortschritte gemacht. 1. In der Zeit vom 1. 10. 23 bis 30. 9. 24 sind neue Wohnungen fertiggestellt worden: insgesamt 292 Wohnungen. 2. Am 1. 10. 1924 waren neue Wohnungen im Bau begriffen: insgesamt 416 Wohnungen. 3. Von den unter 2 fertiggestellten Bauten sind 111 fertiggestellt infolge Mangels an Baumaterial: 42 Wohnungen. 4. Von den unter 2 und 3 bezeichneten Wohnungen befinden sich in Häusern von mehr als 3 Geschossen 180 Wohnungen. 5. Nach dem 1. 10. 24 sind neue Wohnungen in Angriff genommen: 40.

Die Summen der Wohnungen unter 2 und 5 (456) geben die Zahl der Wohnungen an, die spätestens bis zum Juli 6. 3. bezugsfertig werden. Auch im laufenden Jahre wird die Errichtung neuer Wohnungen in der Hauptfrage von der Baugeldbeschaffung abhängig sein.

Zuschlag für Sonder-Spätzüge.

Die Reichsbahngesellschaft teilt mit: Häufig werden Anträge auf Einlegung von Personenzügen, namentlich Spätzügen, gestellt, um einem größeren Personenzug Gelegenheit zu geben, Theateraufführungen, Konzerte und andere Vorstellungen zu besuchen. Da solchen Anträgen im allgemeinen nur entsprochen werden kann, wenn mit einer die Selbstkosten deckenden und außerdem einen geringen Gewinn versprechenden Befahrung gerechnet werden kann, haben sich die Antragsteller wiederholt bereit erklärt, höhere Fahrpreise zu entrichten, welche die Wirtschaftlichkeit der Züge sichern. Die Reichsbahngesellschaft will versuchen, solchen Anträgen zu entsprechen, wobei den Reichsbahndirektoren die Entscheidung für den einzelnen Fall überlassen bleibt, in welcher Höhe und Form das höhere Fahrgehalt zu erheben ist — etwa ein fester oder nach der Entfernung und Klasse gestaffelter Zuschlag oder mehrfaches regelrechtes Fahrgehalt.

Erda.

Roman von Bräunhilde Hofmann.

Copyright by Carl Dunder, Berlin W 62, 1924.

(Nachdruck verboten.)

14) Mit ruhiger Sicherheit trat der Pastor ohne weiteres ein und kam auf das junge Mädchen zu, die ihm fragend entgegenblickte. Die Tür hinter ihm hatte sich geschlossen. Er reichte ihr die Hand, legte seine zweite auf ihre und sah sie an. Er war ein älterer Mann mit ernstem, klugen Gesicht; die schlanke Gestalt im engen schwarzen Rock hielt sich etwas gebeugt, wie in dem Wunsch, hinter das durch ihn verdeckte hohe Amt persönlich zurückzutreten.

„Ich teile Ihnen Schmerz“,

„Sinnend sah sie in sein Gesicht; sie wusste, daß sie beide, der Vater und sie, ihm nicht all zu oft begegnet waren.“

„Können Sie mir helfen?“ fragte sie ohne Hoffnung.

„Gott kann es.“

„Sie wandte den Blick von ihm dem Toten zu. Er folgte ihren Augen und neigte das Haupt.“

„Ein starker, kluger Mensch hat Sie, hat uns verlassen“, sagte er dann.

„Ohne Tränen senkte Erda die Stirn.“

„Sie glauben doch, daß man sich wiederfindet?“

„Hoffen Sie darauf, gnädiges Fräulein — der Geist ist unvergänglich.“

„Sie sah zu ihm auf.“

„Sie sind klüger als ich und haben mehr gelernt. Sollte ich nicht für möglich halten können, was Sie glauben?“

„Er antwortete nicht, betrachtete sie aber ohne Zweifel, ohne Beschämung. Die Unterwerfung des Geistes ist zum Glauben notwendig.“

„Ich will es versuchen, aber nicht aus Feigheit.“

„Nein, aus Liebe.“

Mit einem letzten sehnlichstvollen Blick auf den Toten wandte sie sich ab.

„Sie wollten mir die Bestattung anvertrauen — darf ich Ihnen die weiteren Mähen abnehmen?“ sagte der Geistliche.

„Ja, ich danke Ihnen“, stimmte sie ihm zu.

Nachdem der Pfarrer sie verlassen hatte, stand sie am Fenster und blickte wartend über die Wiesen zum Teiche hinüber, über dessen Kamm der Wagen erschienen mußte.

Die Bautätigkeit in Preußen im Jahre 1924.

Die „Statistische Korrespondenz“, das amtliche Publikationsorgan des Preussischen Statistischen Landesamtes, gibt in einer umfangreichen Statistik einen Überblick über die gesamte Bautätigkeit in Preußen im Jahre 1923, aus dem der Mittliche Preuß. Pressebericht das Folgende wiedergibt: Im ganzen wurden 71 465 Neubauten und 32 776 Umbauten ausgeführt. Diese Ziffern, in denen die verschiedenartigen Bauwerke, vom großen Wohnhaus und Fabrikgebäude bis zum Viehhof und Badofen, zusammengefaßt sind, bieten natürlich keine Urteilsmöglichkeit.

Wertvoller und aufschlußreicher sind dagegen die Ergebnisse, soweit sie die Wohnungsbautätigkeit betreffen. Im Jahre 1923 wurden in ganz Preußen 36 408 neue Wohngebäude mit 62 700 Wohnungen baupolitisch abgenommen. In anderen Gebäuden und durch Umbauten entstanden außerdem noch 16 291 Wohnungen. Nach Berücksichtigung der Abgänge durch Brände, Abbrüche usw. ergibt sich ein Reinzugang von 34 281 Wohngebäuden und 74 902 Wohnungen. Diese Zahlen bedeuten, daß der Wohnungsbau, der von 1919 bis 1922 ständig wachsende Ziffern aufwies, im Jahre 1923 einen empfindlichen Rückschlag erlitten hat. Gegenüber dem Jahre 1922 ist die Zahl der neuerstellten Wohngebäude um 26,69 Prozent, die der durch Neubauten und Umbauten von Wohngebäuden gewonnenen Wohnungen um 23,07 Prozent gesunken. Hieran trägt zweifellos die Inflation die Hauptlast, da sie die Bauten in unvorhergesehener Weise in die Höhe trieb und die aus öffentlichen Mitteln bereitgestellten Zuschüsse entwertete. Wie in den Vorjahren, wurden auch im Jahre 1923 überwiegend Kleinhäuser mit 1—3 Wohngeschossen gebaut. Ihre Zahl betrug 83,47 Prozent aller neuerstellten Wohngebäude gegenüber 90,14 Prozent im Jahre 1922. Verhältnismäßig hat also der Bau von Hochhäusern etwas zugenommen. Durch Umbauten, Aufstockungen usw. entstand rund ein Sechstel aller Wohnungen. Das ist dasselbe Verhältnis, das im Jahre 1922 vorlag.

Man wird nach diesen Ausführungen das Ergebnis der Wohnungsbautätigkeit im Jahre 1923 als wenig befriedigend ansehen müssen. Ob es im Jahre 1924 auf Grund der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse ein besseres sein wird, bleibt abzuwarten. Nach den für die Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern vorliegenden Berichten ist die Zahl der abgenommenen Gebäude und Wohnungen im ersten Halbjahr 1924 noch weiter gesunken. Gewisse Anzeichen — Zunahme der erteilten Baugenehmigungen und erhöhte Beschäftigung im Bauwesen — lassen aber neuerdings auf eine Besserung der Lage schließen.

• Wetterbericht. Troden, Nachtfrost. Der hohe Luftdruck über Mitteleuropa hat sich noch verstärkt (780 Millimeter) und hat seinen Wirkungsbereich nach Südengland und Schottland ausgedehnt. In seinem Bereich herrscht ruhiges, teilweise neblig mildes, teilweise aus aufkeimenden Wolken mit leichtem Frost. Eine Schneedecke melde nur der Feldberg im Schwarzwald mit 13 Zentimetern. Vorherige bis Mittwoch: vorwiegend trocken, teils neblig, teils aufkeimend mit Nachtfrost, ruhig.

• Dienstjubiläum. Am 15. d. M. feierte Ober-Abteilungsleiter der Posten von der Section II der Knappschütz-Vereinsgesellschaft unter Kollegen sein 25jähriges Dienstjubiläum. Abteilungsleiter Herr Knülle hob hervor, daß die Jahre in der erlauchter Tätigkeit für den Jubilär dahingegangen seien; sein segensreiches Wirken hätte ihm bei Kollegen sowohl als auch bei der Verwaltung, Achtung, Verehrung und Liebe erworben. Herr Knülle sprach den Wunsch aus, daß es dem Jubilär vergönnt sein möge, noch viele Jahre in geistiger und körperlicher Frische seines Amtes zu walten zum Wohle der Allgemeinheit und zur Freude seiner Angehörigen und Freunde.

• Deutsche Volkspartei, westlicher Stadteil. Im Lokale Selbe, Vesperstraße, fand Sonntagabend eine Zusammenkunft von Parteimitgliedern des 9., 11. und 12. Stadtbezirks statt, um sich über eine einheitliche Organisation im westlichen Stadteil zu unterhalten. Der Vorsitzende, Stadtd. Ridel, legte die Gründe dar, die zu dem Wunsch der Zusammenlegung geführt hätten, und hoffte, daß die Vereinigung demnächst im ganzen westlichen Stadteil eine rege Aktivität für die Deutsche Volkspartei entfalten wird. Die auf beidseitige Veranlassung beschloß den Zusammenschluß einstimmig und

wählte die Herren: Ridel, Rammann, Hoff, Bogant, Preuß, Kabe, Roers, Bernbroth, Wegand, Kruppe und Rau in die Bezirksleitung. Nach Muster der über 200 Mitglieder zählenden Frauengruppe im 12. Stadtbezirk soll eine über den ganzen westlichen Stadteil sich erstreckende Frauengruppe zusammengelernt werden, die dann gemeinsam für die Partei wirken wird. Der Deutsche Volkspartei westlicher Stadteil gehören alle volksparteilichen Wähler und Wählerinnen an, die in der Königstraße und Vesperstraße und allen westlich hiervon gelegenen Straßen wohnen. Ebenso auch die, welche in der Vesperstraße bis zur Königstraße wohnen. Die Zusammenkünfte sind vorläufig jeden 3. Sonntag im Monat, abends 7½ Uhr bei Selbe.

• Errichtung von Zollstraßen durch das Reich. Hierzu teilt die Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf noch folgendes mit: Unter Zollstraßen werden alle Leistungen verstanden, die den Charakter einer Zollstraße tragen, z. B. Straßen wegen nicht bezahlter indirekter Steuern. Eine Errichtung von Zollstraßen für nach Aufhebung des passiven Widerstandes erfolgte Zuwendungen gegen die Zollvorschriften der Befahrung kommt grundsätzlich nicht in Frage. Ausnahmen unter Anwendung der Särziffer hat sich der Reichsminister für die besetzten Gebiete in besonders gearteten Fällen vorbehalten. Eine Errichtung tritt jedoch unter keinen Umständen ein, wenn die Zollstraßen für einen nach Aufhebung des passiven Widerstandes unternommenen Schmuggel verhängt sind, da alsdann eigenes Verschulden des Geschädigten angenommen wird. Zollstraßen werden nur bis zum Betrage von 5000 Mark voll, darüber hinaus mit 75 Prozent erstattet, jedoch kann der Reichsminister für die besetzten Gebiete die Auszahlung in voller Höhe zulassen, wenn es sich um besondere Härtefälle handelt, d. h. wenn die wirtschaftliche Existenz der Betroffenen ernstlich gefährdet ist.

• Städtischer Musikverein. Für das Chorkonzert am kommenden Freitag finden noch folgende Proben statt: Dienstag, 20. Jan., abends 8 Uhr, im Parkhaus und Donnerstag, 22. Jan., abends 8 Uhr in der Loge, Humboldtstraße. Kartenverkauf zu vorhergehendem Konzert nur an der Konzertkasse im Stadthaus. (S. Anzeige.)

• w. Erleichterung im Kraftverkehr zwischen Deutschland und Luxemburg. Vom 1. Februar ab werden die in Deutschland und Luxemburg erhobenen sogenannten Aufenthaltsteuern für Kraftfahrer erheblich herabgesetzt. Die Sätze betragen jetzt für 2 Aufenthaltstage 10 Reichsmark oder 40 belgische Franken. Sie werden nach dem 1. Februar für einen Tag eine Reichsmark oder drei belgische Franken betragen.

• Von der Polizeistation Wittenhausen. Aus Wittenhausen wird uns geschrieben: Der südliche Stadteil hat wieder ein eigenes Meldeamt mit Sicherheitspolizei. Außer drei Bürobeamten für das Meldewesen werden 10 Sicherheitsbeamte, sogenannte Blau, an der Vorgeholzstraße einquartiert. Es ist nunmehr damit zu rechnen, daß die nachlässigen Unruhen ein Ende finden werden. Vorwiegend ist es jetzt der Polizei möglich, mehr als es bisher wegen der auch für die Beamten ungünstig liegenden Patrouillengänge möglich war, die wenig und zum Teil überhaupt nicht beleuchteten Straßen von unruhigen Elementen freizuhalten. Auch das Meldewesen wird den Bewohnern bequemer gemacht, was besonders mit Rücksicht auf die ungünstig liegenden Büroräume des 4. Reviere freudig zu begrüßen ist.

• Nachforschungsbericht. Gemäß Artikel 3 der Ausführungsverordnung zur Polizeibehörde, betr. die Führung der Suchhefte, teilt die Landwirtschafskammer mit, daß der Nachforschungsbericht am Freitag, den 13. Februar 1925, vormittags 8 Uhr, in Dortmund, Magdalenhof, stattfindet.

• Bühnenvorstellung. Die Vereinigung schreibt uns: Für die Bühnenvorstellung im Monat Januar am 25., Vorhänge „Häufigkeit“, hat der Vorverkauf in unserer Geschäftsstelle bereits begonnen. Wir erinnern unsere Mitglieder an die Verpflichtung zur Abnahme der Theaterkarten, deren Ausgabe täglich stattfindet. Die befallsfreundliche Aufnahme derselben über am Sonntag, 11. Jan., die man nach nahezu zweijähriger Ruhepause wieder auf den Spielplan brachte, sowie die Tatsache, daß es sich hier um eine urzeitliche, gemüts- und humorvolle Oper Vorhänge handelt, berechtigen unbedingt zu der Annahme, daß unsere Mitglieder wieder ein guter Ausgange für die Aufführung der Oper erfolgte auf Grund der Tatsache, daß eine Abendvorstellung die Mitglieder eine untragbare Belastung in geldlicher Beziehung bedeutet.

Es handelt sich also nicht etwa um eine stiefmütterliche Behandlung unserer Bewegung seitens der Theaterleitung, der die Abnahme einer Opern-Abendvorstellung entschieden vorteilhafter erschienen wäre.

• Beamtenrätewahl im besetzten Gebiet. Vor einigen Tagen haben zwischen der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft und den Beamtenorganisationen Verhandlungen über die Frage von Neuwahlen im besetzten Gebiet stattgefunden, um auch dort Beamtenvertretungen zu schaffen. Nach längeren Verhandlungen wurde beschlossen, daß im besetzten Gebiet Neuwahlen, nicht aber, wie ursprünglich angeregt worden war, allgemeine Neuwahlen, stattfinden sollen. Die Bezirksbeamtenräte von Ludwigshafen, Mainz, Trier, Köln und Essen werden vollständig neu gewählt, während für Frankfurt a. M. und Elberfeld Nachwahlen stattfinden. Ueber die Frage, wann überhaupt Neuwahlen für die Beamtenvertretungen stattfinden, wird in nächster Zeit zwischen der Reichsbahn und den Beamtenvertretungen verhandelt werden.

• Die Jahresversammlung des Bochumer Männer-Gesangs-Vereins fand am Sonntag im Vereinslokale Schiffmann statt. Das Programm für 1925 weist zwei Hauptkonzerte und drei Nebenabende auf. Außerdem veranstaltet der Verein drei geschlossene Aufführungen im hiesigen Stadttheater. Erfolgreichsteiweise ist die Zahl der Sangesfreunde in diesem Wachsen begriffen.

• Aus Hofbecken-Riemle. Samstag veranstaltete aus Anlass seines 23jährigen Bestehens der Riefenbecken-Gesangsverein „Fortuna“ im Lokale Sadert, Hofbecken, eine gemütliche Zusammenkunft. Als Publikum konnte man den Badermeister Wilhelm Cornelius, Riemle, begrüßen, worauf der 1. Vorsitzende der Riefenbecken-Vereinigung, Schmiedeknecht-Bochum, einige markante Worte an die zahlreich erschienenen Riemle über Zweck und die Zukunft der Tauen.

• Die Fleischwarenindustrie im Film. Einen neuen Lehr- und Industriefilm bringt die Tonhalle erstmalig für die hiesige Gegend, und zwar aus dem alle Bevölkerungsstufen gleichmäßig interessierenden Gebiete der Ernährung. Der Film führt den Titel „Im Dienste der Fleischversorgung Deutschlands“ und bietet einen Einblick in die deutsche Fleischwaren-Industrie. Er zeigt den Produktionsgang und verfolgt den Weg, den der Schauer ein Bild der Gesamtanlage der Fleischwerke, der größten fleischverarbeitenden Werke Deutschlands, vor Augen zu führen. Der Zuschauer wird erkennen, mit welcher peinlichen Sauberkeit in dem Großbetriebe gearbeitet wird.

• Nachlässiger Ueberfall. In der Nacht zum 17. d. M. wurde an der Tür der südlichen Baubau an der Wattenstraße geklopft. In der Annahme, daß der revidierende Schachtmeister Einlass begehrte, öffnete der Wächter. Ganz enttäuscht sah er sich nun einem fremden Manne gegenüber, der Trinkwasser begehrte, während zwei weitere Mannspersonen etwas zurückgeblieben waren. Als der Wächter, den Wunsch erfüllend, sich umdrehte und aus einem Eimer Wasser schöpfen wollte, erhielt er plötzlich einen Schlag mit einem harten Gegenstand auf den Kopf, so daß er beinahe ein Los zu fassen nicht konnte. Als er das Bewußtsein wiedererlangt hatte, waren die drei Männer fort. Er stellte gleich fest, daß aus dem Raum eine braune Arbeitsjacke und Weste, sowie aus seiner Hosentasche ein Portemonnaie mit etwa 20 Mark verschwunden bzw. geraubt waren.

• Polizeibericht. Es wurden geflohen: in einem Geschäft an der Hofstraße einer Frau durch Ausschneiden der Stofftasche ein Portemonnaie mit 40 Mark, in einer Wirtschaft an der Sattlerstraße von 2 etwa 30—40 Jahre alten Männern, die mit Repphosen und Uhren handelten, ein kleiner Hund (schwarzhaariger Zwergspitz) weiß. Geflohen, auf den Namen „Friedel“ hörend. — Zur Anzeige gelangte eine Mannsperson wegen Heiratschwindels und folgender Raubüberfall. — Festgenommen wurde ein Angehöriger eines hiesigen Geschäfts wegen fortgesetzter

Forman
gegen
Schnupfen
Wirkung frappant!

standen verschwiegen unter den überlebensgroßen Korbeerbäumen, unter denen die grüne Kuppel sich wölbte.

Der Prediger fand in seinen anpruchlosen Worten den Weg zu den Seelen der wenigen Menschen, die dieser Bestattung des Ritters eines alten Geschlechtes beizuwohnten. Als der Sarg in die Tiefe des Steines versank, stürzten zum ersten Male die erlösenden Tränen aus den Augen der Tochter, die das stolze Geschlecht jetzt nur noch auf den Augen des verletzten Bruders stehen sah. Vielleicht, daß man auf seinem Sarge den Schild zerbrechen würde, der da auf dem Sarge des Vaters lag.

„Heute noch Abschied, und morgen kimmerne ich.“

Da fiel das letzte bedeutungsvolle Wort des Vaters ihr zuerst wieder ein und stand als Mahnung vor ihrer Seele: „Lebte das Höchste, immer.“

Hermanns Bild streifte sie mehrmals. Ein Mann dessen, was ihre Seele bewegen mochte, bewegte auch ihn.

Dann trat er an die offene Gruft des Mannes, den er nur flüchtig kannte, zu dem ihn aber eine geheime Verwandtschaft zog, die beiderseits zu ungewöhnlichen Schritten sie bewegen hatte. — Jener Brief war ihm nun das abendliche Testament des heimgegangenen, das er erfüllte im Bewußtsein des selbstlos treuen Dienstes für die Tochter dieses Mannes, deren Leben seiner Verantwortung anheimgegeben war.

Erda hatte das Rollen der Eisenbahn noch in den Gliedern und in den Nerven, als sie, von Hermann gefolgt, am Abend des dritten Tages nach dem Abschied von der Heimat den Salon des zweiten Hauses im Grunewald betrat.

Die Frau des Hauses kam ihnen entgegen. Erda nahm diese Erscheinung, mit der sich ihre Seele oftmals beschäftigt hatte, lebhaft in sich auf. Schön war diese Frau, die da mit leichtem, etwas weichen Schritt auf sie zukam; sie trug ein modernes, schickliches Hauskleid, das die elegante Fülle der Gestalt kunstvoll zur Geltung brachte; die zierlichen Füße schritten auf den hohen, breitschultrigen Schuhen grazios über den Teppich. Das Gesicht, von einem anziehenden Lächeln überhüllt, war ebenmäßig, die Zähne fast unnatürlich regelmäßig, die bunten Lippen keifend, aber ohne besondere feierliche Färbung.

(Fortsetzung folgt)

nach der Pa
eiltweise überlegen
nicht kommen. C
gen der Gäste u
ich auch Rhönig
Abseits verbleibt.
u arbeiten. Ein

